

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke**Wissenschaftskommunikation stärken: für gesellschaftliche Teilhabe und politische Entscheidungsfindung**

Die Wissenschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen. Sie informiert, klärt auf und kann Lösungen anbieten. Als Gesellschaft sind wir auf Erkenntnisse der Wissenschaft angewiesen, sei es bei der Bewältigung der Klimakrise, dem Erhalt der Biodiversität oder dem Schutz des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wissenschaftliche Erkenntnisse können politische Entscheidungen nicht ersetzen, sie können aber die Entscheidungsgrundlage schaffen, Debatten versachlichen und Desinformation entgegenwirken. Für einen gelungenen Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft braucht es Wissenschaftskommunikation, Wissenschaftsjournalismus und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten an der Forschung. Dies kann zum Beispiel im Rahmen von Bürger:innenbeteiligung durch Bürger:innenforschung, sogenannte Citizen-Science-Projekte, oder Reallabore geschehen. Diese Projekte ermöglichen es Interessierten, sich direkt in den Forschungsprozess einzubringen und so einen Einblick in wissenschaftliche Arbeitsweisen zu gewinnen sowie Ausbildung und Forschung gewinnbringend zu vernetzen. Gleichzeitig profitiert die Wissenschaft von den Erkenntnissen und Beobachtungen der Bürger:innen. Im Land Bremen gab und gibt es solche Projekte beispielsweise in den Bereichen der Pflege oder der Umwelt- und Biodiversitätsforschung. So wird zum Beispiel in einem Projekt erforscht und erprobt, wie Biodiversität in der Stadt gefördert und Kriterien hierfür in die Stadtplanung aufgenommen werden können. Derartige Projekte gilt es insbesondere im Bereich der Forschungs- und Transferschwerpunkte des Wissenschaftsstandorts Bremen, wie der Meeresforschung und der Gesundheitswissenschaften, zu etablieren.

Eine enge und transparente Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik ist entscheidend, um evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen und die Herausforderungen unserer Zeit – ob im Umweltschutz, in der Bildung,

in der Gesundheit oder in der Stadtentwicklung – bestmöglich zu bewältigen. Das kann nur durch direkte Kommunikation und Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Politiker:innen unter aktiver Beteiligung von Praktiker:innen geschehen. Beispiele hierfür sind Diskussionsformate im Rahmen von Wissenschafts-Cafés oder Workshops.

Eine besondere Chance für den verstärkten Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Stadtgesellschaft bietet dabei auch der neue Standort der Universität Bremen am Domshof in der Bremer Innenstadt. Mit dem Institut für Arbeit und Wirtschaft (iaw) sowie dem Zentrum für Arbeit und Politik (zap) sind zwei Einrichtungen nun direkt in der Stadt präsent, die seit langem schon für Politikberatung und politische Weiterbildung stehen. Diese Kompetenzen können nun noch direkter für die politischen Stakeholder und die Bürger:innen nutzbar gemacht werden.

Forscher:innen benötigen Freiräume und Ressourcen für wissenschaftliche Kommunikation und Vermittlung. Ihre Leistungen in diesem Bereich und ihre Rolle als Impulsgeber:innen für innovative Lösungsansätze der gesellschaftlichen Herausforderungen müssen noch stärker anerkannt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Citizen-Science-Projekte und Reallabore zu stärken, insbesondere um die Möglichkeiten und Chancen solcher Projekte beispielsweise auch in den Bereichen Umwelt, Soziales und Gesundheit zu sichern;
2. Citizen-Science-Projekte und Reallabore in Leitbildern und Zielvereinbarungen auch über das Wissenschaftsressort hinaus zu verankern;
3. die Professionalisierung von Partizipation in der Forschung zu unterstützen und Citizen-Science-Plattformen wie „mit:forschen! Gemeinsam Wissen schaffen“, die auch eine digitale Vernetzung und Einbindung ermöglichen, in die Breite zu tragen;
4. zielgruppenorientierte Informationsmöglichkeiten für Ehrenamtliche, Forschende und Wissenschaftsmanager:innen zum Thema Citizen Science zu fördern;
5. gemeinsam mit relevanten Akteur:innen zu eruieren, wie Standorte in Bremen und Bremerhaven, an denen eine breite Bevölkerung erreicht werden kann (beispielsweise Einkaufszentren, Ortsämter), für Wissenschaftskommunikationsprojekte zur Verfügung gestellt werden können und dabei insbesondere zu prüfen, inwiefern neben dem Haus der Wissenschaft auch die Präsenz der Universität Bremen in der Bremer Innenstadt verstärkt für Dialogformate genutzt werden kann;

6. Wissenschaftskommunikation auch in der (frühkindlichen) Bildung zu stärken, beispielsweise auch über die „Stiftung Kinder forschen“ und die „Stiftung Jugend forscht e. V.“;
7. mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Entscheidungsträger:innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen, unter anderem zu Arbeitsweisen der Wissenschaft, dem Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und zu Wissenschaftskommunikationsformaten;
8. zu prüfen, inwiefern das Land Bremen die hiesigen Hochschulen und die Universität im Kompetenzaufbau und -ausbau für Wissenschaftskommunikation unterstützen kann;
9. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke